



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur politischen Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Testament, predigt gegen Kirche und Pfarrer, quält die kindlich ergebene Sanni, und schließlich will er sie Gott in gleicher Weise opfern, wie Abraham den Isaak opfern wollte. Der rettende Schutzengel ist natürlich Karli. Eine phantastische Geschichte, die aufregend, romantisch, ergötzend wirken soll und den Roman von der edlern Höhe des Charakterspieles herabzieht. Man darf indes hoffen, daß Ganghofer bei seiner großen Gestaltungskraft nach und nach auf solche romantische Zugaben verzichten und als Dorfgeschichtenschreiber jene Bahn verfolgen wird, die Anzengruber mit seinem „Sternsteinhof“ eröffnete und die Ganghofer selbst im „Unfried“ teilweise wenigstens mit Glück betreten hat: die Bahn der großen Kunst, welche alles menschliche Schicksal nur als das Erzeugnis des eignen Willens und Charakters erkennt.

Wien.

Moriz Necker.



Zur politischen Lage.



Es giebt zwei Dinge auf dem Gebiete der deutschen Politik, die wir mit aller Bestimmtheit als der Unmöglichkeiten unmöglichste, als vanitatum vanitatem bezeichnen dürfen, und die gleichwohl von dem dabei beteiligten Auslande immer wieder im Lichte des Möglichen gesehen und darnach behandelt werden: die freiwillige Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark auf Grund einer von uns gestatteten Abstimmung der dortigen Bevölkerung. Mit dem letztern Verlangen haben wir es hier zunächst zu thun, da es vor kurzem wieder einmal gestellt und, allerdings ohne unmittelbare Nennung der Sache, aber sehr verständlich und entschieden abgewiesen worden ist, gestellt zwar nicht vom offiziellen Dänemark, aber von einem andern guten Freunde des deutschen Reiches, dem offiziellen Rußland, und abgewiesen mit der kräftigsten Redewendung von keinem geringeren als vom deutschen Kaiser selbst.

Wenige Tage nach der Begegnung des letztern mit dem Zaren, an die sich, soweit es auf den guten Willen der beiden Herrscher ankommt, mit Recht allerlei Hoffnungen knüpften, begannen sich unsre Feinde in der moskowitzischen Presse von neuem zu regen und, wenn auch nicht mit der frühern bittern Bosheit, doch deutlich genug ihre tiefwurzelnde Abneigung vor uns und das, was sie infolge derselben wünschen und nicht wünschen, kundzugeben. Es bekümmerte uns das wenig; denn es waren ja nur Privatstimmen, die sich in dieser Weise vernehmen ließen, obgleich es bedenklich scheinen kann, daß man ihnen auch nur

diese Friedensstörung erlaubte. Sehr auffällig dagegen war es, wenn dann der halbamtliche Nord in Brüssel den Besuch Kaiser Wilhelms in Kopenhagen benutzte, um die für uns längst nicht mehr vorhandene oder doch nur in dänischen Zeitungen zuweilen noch spukende nordschleswigsche Frage wieder aufzurühren, als ob sie noch der Erörterung unterläge und in dänischem Interesse gelöst werden könnte. Jeder einigermaßen eingeweihte weiß indessen, daß in dem Brüsseler Organe der russischen Diplomatie der Baron Tomini seine Pfeile gegen Deutschland zu verschießen pflegt, der als Staatssekretär im Petersburger auswärtigen Amte schon unter Gortschakoff in dieser Weise thätig war. (Der ebenfalls offiziöse „Herold“ in Petersburg hat zwar inzwischen bemerkt, der Artikel des Nord gehöre auf eigne Rechnung der Redaktion des Blattes, es ist aber nicht Tominis Stimme, die das erklärt.) Tomini gehört zu unsern bittersten und eifrigsten Gegnern und ist umso gefährlicher, als er sich nicht, wie seine panslawistische Freunde, mit seiner Persönlichkeit hervordrängt, sondern versteckt, gleichsam unterirdisch nach seinen Zielen hinarbeitet, und als er sich dabei auf staatsmännische Erfahrung und Übung in diplomatischen Kunstgriffen stützt. Nichts charakterisirt die russischen Regierungszustände mehr als die Thatsache, daß ein uns wohlwollender und friedliebender Staatsmann wie Giers diesen Maulwurf und seinesgleichen neben sich dulden muß, und man darf wohl sagen, daß, so lange Tomini im Amte bleibt, sein Einfluß es zu keiner dauernden Verständigung Rußlands mit Deutschland und zu keiner Befestigung des Weltfriedens kommen lassen wird. Als selbstverständlich ist anzunehmen, daß Giers mit dem Artikel des Nord nichts zu thun hatte, aber man merkt daraus, daß die Unterströmung, die während der Kaisertage in Peterhof gestaut war und nur schwach floß, wieder Kraft und Fülle gewinnen will, und wenn wir uns auch mit dem im Grunde festen Charakter und der aufrichtigen Friedensliebe des Kaisers Alexander einigermaßen über sie getröstet finden, so sind wir doch keineswegs ganz sicher, daß sie ihn nicht einmal zu Entschlüssen fortreißen wird, die ihm gegenwärtig fern liegen.

Der Nord glaubte, darauf hinweisen zu müssen, daß der fünfte Artikel des Prager Friedensvertrages, wonach eine Abstimmung der Bevölkerung Nordschleswigs über dessen Schicksal endgiltig entscheiden solle, ausgeführt werden müsse, da dies die unumstößliche Bedingung einer wahren Versöhnung Dänemarks mit Deutschland sei. Man könne demzufolge behaupten, daß, wenn die Reise Kaiser Wilhelms nach Kopenhagen auch eine gewisse Annäherung zwischen dem Berliner Hofe und dem dänischen hervorgerufen habe, durch jenen Besuch andererseits, indem er die Schleswig-holsteinische Frage wieder in den Vordergrund gezogen habe, die alte nationale Zwietracht zwischen Deutschland und Dänemark von neuem angefacht worden sei. Das Organ des deutschen Reichskanzlers entnahm daraus, daß diejenigen russischen Politiker, welche hinter jenem belgischen Blatte stehen, noch immer die Absicht verfolgen, uns bei Gelegenheit eines et-

wagen Krieges im Verein mit Frankreich einen möglichst großen Teil von Schleswig wieder abzunehmen. Das ist ohne Zweifel richtig, nur bleibt abzuwarten, ob die Absicht zu einem Versuche, sie auszuführen, werden und ob in solchem Falle der Versuch gelingen wird. Es wäre das eine bloße Machtfrage. Die Rechtsfrage ist schon lange aus der Welt geschafft, auch hatte der Artikel 5 niemals ganz die Bedeutung, welche ihm von den Gegnern Preußens und Deutschlands beigelegt wurde. Er lautete: „Seine Majestät der Kaiser von Österreich überträgt auf Seine Majestät den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.“ Das ist alles. Wann die Abstimmung stattfinden, wann ihr die Abtretung folgen sollte, welche nördlichen Distrikte, ob die bis zur Gjennerbucht oder die bis an die Flensburger Förde oder die bis zur Schlei und zum Dannewerke, war nicht gesagt, man konnte bloß an einen schmalen Landstreifen längs der jütischen Grenze, man konnte auch an Einschluß Angelns, Nordfrieslands und der Inseln Alsen und Föhr denken. Ferner hatte Dänemark mit dem Prager Frieden nichts zu schaffen, er wurde nicht mit ihm, sondern einzig und allein zwischen Preußen und Österreich abgeschlossen, und nur diese Mächte erwarben durch ihn Rechte und Ansprüche. Nicht gegen Dänemark oder eine andre am böhmischen Kriege unbeteiligt gewesene Macht, sondern nur gegen Österreich verpflichtete sich Preußen in örtlich und zeitlich so wenig bestimmter Weise vorkommendenfalls zur Abtretung eines Teiles von Schleswig an den König von Dänemark. Außer Österreich, das als früherer Mitbesitzer des im deutsch-dänischen Kriege durch Eroberung erworbenen Schleswig-Holstein wenigstens einigen Anlaß hatte, in der deutsch-dänischen Nationalitätsfrage gehört zu werden, hatte kein anderer Staat die völkerrechtliche Befugnis, auf die Ausführung des Artikels 5 des Prager Friedens zu dringen. Österreich bediente sich derselben niemals, ja es schloß am 11. Oktober 1878 mit Preußen einen Vertrag ab, worin es ausdrücklich auf sein Recht verzichtete und einwilligte, daß Artikel 5 des Prager Friedens „außer Gültigkeit gesetzt“ werde.

Niemand also ist gegenwärtig befugt, vom deutschen Reiche die Ausführung des Artikels 5, den der Nord ausgegraben und künstlich wieder zu beleben versucht hat, zu verlangen, auch Dänemark nicht, und noch viel weniger die russische Diplomatie. Daß wir aber nicht von freien Stücken an einen solchen reaktionären Akt in unsrer auswärtigen Politik denken, und daß wir uns von keiner Macht der Welt mit den Waffen dazu oder zu einem andern Opfer an unsern notwendig gewordenen und gerecht erworbenen heutigen Grenzländern zwingen lassen werden, daß wir dieselben vielmehr mit Einsetzung aller Kräfte der Nation verteidigen werden, hat Kaiser Wilhelm als der berufene Wortführer

der Letztern in seinem Trinkspruche bei der Enthüllung des Frankfurter Standbildes Prinz Friedrich Karls nach Osten und nach Westen hin unzweideutig und entschlossen verkündet. Seine Worte enthielten keinerlei Bedrohung des Friedens, aber eine eindringliche Warnung für Störer des Friedens. Deutschland hat im Norden, dann im Westen Kriege führen müssen, aber nur, um sich einen festen Frieden zu sichern. Es hat gesiegt und erobert, aber nur, um die Grenzen zu gewinnen, die ihm bleibende Ruhe vor dem Erbfeinde im Westen und dessen wahrscheinlichem Bundesgenossen im Norden für den Fall eines Angriffs von Westen her verbürgten. Auch an den Osten war damals zu denken, als wir uns die transalpinischen Herzogtümer angliederten, und es wird noch heute daran gedacht, wenn wir sie „op ewig ongedeelt“ behalten wollen. Niemand bei uns verlangt, so stark er sich auch fühlt, irgend welche weitere Erwerbung. Unsere Nachbarn sind vor uns sicher, so lange sie uns bei der so lange ersehnten und endlich errungenen Sicherheit vor ihnen belassen wollen.

So faßt, soweit sich in diesem Augenblicke sehen läßt, auch das Ausland, namentlich die öffentliche Meinung in Österreich und England, die denkwürdige Kaiserrede auf, und wenn Organe derselben in Paris sie anders deuten, so können wir nicht dafür, und ihr großsprecherischer Verdruß läßt uns kalt. In England hält die Presse, wie es scheint, die kaiserliche Erklärung für lediglich gegen Frankreich gerichtet, sonst wird sie von ihr richtig verstanden und günstig beurteilt. Ein paar Beispiele werden genügen. Daily News meint, die Rede Kaiser Wilhelms des Zweiten könne nicht verfehlen, Aufsehen zu erregen, und sagt dann: „Es würde im Interesse Frankreichs und ganz Europas tief zu beklagen sein, wenn französische Staatsmänner sich für diese Worte zu empfindlich zeigen sollten. Im Grunde hat der Kaiser ihnen nichts gesagt, als was sie nicht vorher gewußt haben müssen. Vom Schlusse des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich gestaltete sich der Einfluß des erstern unzweifelhaft zu Gunsten des Weltfriedens. Deutschland hat keinen Anlaß, eine auf Abenteuer ausgehende und angriffs-lustige Macht zu sein. Es giebt einige Dinge, für die es kämpfen wird, und das allein ist, was uns der Kaiser gesagt hat. Die Enthüllung des Denkmals für den kriegerischen Prinzen Friedrich Karl gab den geeigneten Anlaß zu einer Erklärung, die nicht hervorgerufen zu sein schien und in einigen Kreisen sogar als Herausforderung betrachtet werden dürfte. Die Welt weiß jedoch nunmehr aus bester Quelle, wofür, wie der Kaiser glaubt, sein Volk kämpfen wird. Wir können nicht einsehen, weshalb die Verkündigung das Ergebnis haben sollte, die einzige europäische Großmacht, welche sie berührt, zu einem voreiligen Unternehmen anzuspornen.“ Auch der Morning Advertiser läßt sich über die Rede nicht pessimistisch vernehmen, wenn er schreibt: „Die Äußerungen des Kaisers werden allenthalben auf dem Festlande geprüft und sorgfältig abgewogen werden, aber niemand überraschen. Überraschung würden nur weniger nachdrückliche und entschlossene Gesinnungen und Anschauungen hinsichtlich der Be-

hauptung jenes Gebietes, welches mit so großen Opfern von Frankreich gewonnen wurde, als eines Teiles des deutschen Reiches hervorgerufen haben. . . . Die vom Kaiser kundgegebenen Gesinnungen sind unstreitig die der gesamten Nation, und der Umstand, daß sie so kurze Zeit nach dem Besuche des deutschen Kaisers beim Zaren zum Ausdruck gebracht wurden, hat eine Bedeutung, welche die Franzosen wahrzunehmen nicht ermangeln werden. Der Kaiser bezeichnete die Gegenwart als eine ernste Zeit, und das war gewiß auch ernstlich überlegt worden. Die beabsichtigte Wirkung war ohne Zweifel die eines Beitrages zur Charakteristik des Friedens, und diese kann nur durch ein einiges, starkes und entschlossenes deutsches Reich verbürgt werden."

Es war selbstverständlich, daß die Enthüllung des Denkmals in der brandenburgischen Stadt Frankfurt dem Kaiser Gelegenheit gab, an sie seine Anerkennung der unter Führung des Prinzen Friedrich Karl von Brandenburgern verrichteten Heldenthaten in der Schlacht bei Bionville auszusprechen, zumal da die Enthüllung mit einem Jahrestage dieser Schlacht zusammenfiel. Aber unsers Wissens geschah es zum ersten male, daß bei einer solchen Feier der Bereitwilligkeit der gesamten Armee und des ganzen großen Volkes der Deutschen, sich für erkämpften Besitz nötigenfalls rücksichtslos zu opfern, gedacht wurde. Die kaiserlichen Worte mit ihrer zuversichtlichen Entschlossenheit konnten auffallen, da sie in eine Zeit hineinschallten, über der seit den Tagen von Peterhof die Sonne des Friedens heller denn seit Jahren zu lächeln schien. Die gewaltige Erklärung hat folglich Gründe, die nicht auf der Oberfläche liegen. Sie wendet sich zunächst gegen die neuerdings von Feinden Deutschlands wieder angestellten Versuche, für immer gelöste Besitzfragen der Deutschen als noch in der Schwebelage befindlich darzustellen, und ruft ihnen, die hier noch eine Änderung zu Ungunsten Deutschlands empfehlen, hoffen oder androhen, im Namen eines wohlgerüsteten, zur Verteidigung seines Eigentums mit eisernem Willen entschlossenen Volkes von zweiundvierzig Millionen sein „Unabänderlich,“ sein „Nimmermehr, beim Leben der Nation!“ zu. Nach Dänemark, nach Rußland und nach Frankreich hin hat der Hüter des Reiches, der den Frieden anstrebt, aber den Krieg nicht fürchtet, mit den denkbar stärksten Ausdrücken darauf hingewiesen, daß Heer und Volk im deutschen Staate mit ihrem gekrönten obersten Führer einig sind in dem Glauben, daß unser Bedürfnis wie unsre Ehre uns die Pflicht auferlegen, für die ungeschmälerte Erhaltung der Errungenschaften Wilhelms des Siegreichen bis zu unserm letzten Manne einzustehen. Was unser jugendlicher Monarch in Frankfurt so energisch verkündete, war sein Regierungsprogramm nach außen hin. Durch seine Fahrten nach Petersburg und Kopenhagen hat er bekundet, daß er, so viel an ihm ist, den Frieden erstrebt, durch seine Frankfurter Rede hat er dem Auslande die Stellen bezeichnet, wo dieses Streben seine Schranken hat, und wir hoffen, daß sein Quos ego für geraume Zeit seine Wirkung thun wird.

Zum Schlusse noch ein Wort über unsre gegenwärtige Stellung zu Rußland, das mit dem Gesagten zusammenhängt. Diese Stellung könnte besser sein, und es sind Anfänge dazu vorhanden, denen wir aus hundert Gründen von Herzen guten Fortgang wünschen, und die, wie wir fest überzeugt sind, von der deutschen Politik auf jede nur mögliche Weise gefördert werden. Aber die Möglichkeit hat ihre Grenze, die hier nicht bloß durch das Interesse gezogen wird. Noch immer üben auf die russische Politik unberechenbare Gefühle Einfluß, noch immer regieren in hohen Sphären abwechselnd zwei Seelen. Politiker, die an einen vollständigen Umschwung in dem bisherigen Verhältnisse Rußlands zu Deutschland, der infolge des Besuches unsers Kaisers beim Zaren eingetreten sein sollte, nicht glauben konnten, hegten wenigstens die Hoffnung, daß die Zusammenkunft einige Ergebnisse auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik erzielt haben könnte. Aber auch diese bescheidne Erwartung scheint sich als Täuschung herauszustellen. Nicht einmal geringe Transporterleichterungen, geschweige denn einen Handelsvertrag scheint man uns russischerseits zugestehen zu wollen. Das Organ unsers Reichsfanzlers erklärt gegenüber der „Moskauer Zeitung,“ die sich gegen einen Handelsvertrag mit dem deutschen Reiche mit Eifer verwahrte, ein solcher sei unsererseits nicht angeregt worden und werde auch nicht angeregt werden; denn die wirtschaftliche Freiheit, welche Rußland nach der Meinung des Moskauer Blattes gegen deutsche Angriffe verteidigen müsse, sei für die deutsche Wirtschaftspolitik gerade den Russen gegenüber ein Erfordernis von höchster Wichtigkeit. Man erinnert sich bei dieser Erklärung an früher erfolgte Andeutungen, nach welchen der wirtschaftliche Krieg, den Rußland gegen uns führt, durch Auflegung von Differentialzöllen auf russisches Getreide, den Hauptausfuhrartikel des Zarenreiches, erwiedert werden sollte, eine Maßregel, die, wenn ein Handelsvertrag bestünde, unmöglich sein würde, und obwohl die Drohung nicht ausgeführt worden ist und die Ausföhrung wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen dürfte, liegt es doch auf der Hand, daß der deutschen Regierung schon die bloße Möglichkeit eines gelegentlichen Gebrauches dieser Waffe von hohem Werte sein muß. Es ist also nichts mit den optimistischen Erwartungen einer Verständigung zwischen Deutschland und Rußland auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, und auch aus den angekündigten Zollerleichterungen wird selbst in dem bescheidenen Umfange, von dem zuletzt die Rede war, kaum etwas werden. Übrigens, wenn die Russen nicht nachgeben, so folgen wir ihrem Beispiele in andrer Beziehung. Bald nach der Zusammenkunft der beiden Kaiser wurde angekündigt, die Reichsbank werde den russischen Fonds wieder die Beleihungsfähigkeit zusprechen. Seit vielen Wochen aber hat man vergebens die Erfüllung dieser Meldung erwartet, und jetzt kann mitgeteilt werden, daß an maßgebender Stelle niemals auch nur entfernt an diese Maßregel gedacht worden ist.